

Wir sind ohne Grenzen, aber noch mit Mauern

Zum Tag der Deutschen Einheit: Nächste Woche wird der 30. Jahrestag der Deutschen Einheit begangen. Jeder hat wohl – eigene – Gedanken, Gefühle und Erinnerungen.

Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl sagte im Juli 1990: „Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor – dafür vielen besser.“ Er fügte hinzu: „Für die Menschen in der Bundesrepublik gilt: Keiner wird wegen der Vereinigung Deutschlands auf etwas verzichten müssen.“ Das war beziehungsweise ist psychologisch geschickt und aussagekräftig.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt muss man aber auch feststellen: Leider gibt es noch Unterschiede zwischen Ost und West. Vor allem in Bezug auf den Lohn für gleiche Arbeit und das Rentenniveau. Mein Fazit in dem Zusammenhang: Wir sind ohne Grenzen, aber noch mit Mauern, solange die Einheit als Finanzproblem betrachtet wird ...

Ich bin aber auch der Meinung, es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden: Wer die Nachrichten in Presse, Funk und Fernsehen bewusst wahrnimmt, müsste merken: Die – meisten – Menschen der Welt wären glücklich, wenn es ihnen so ginge wie den Deutschen!

Tatsache ist und bleibt: Populisten und Scharlatane versprechen zu allen Zeiten, sie wüssten den Weg in das irdische Paradies, wenn nur die bösen Feinde beseitigt seien. Leider verfangen diese Verführungskünste immer wieder. Ich meine, es lohnt sich, darüber nachzudenken.

Zur Wahrheit gehört auch: Tatsächlich ist keine Ordnung, auch in Zukunft, denkbar, die nicht Licht und Schatten, Gewinner und Verlierer aufweist. Erhard Jaschob
84109 Würth an der Isar

Die gesundheitlichen Risiken werden zunehmen

Zum neuen Mobilfunkstandard 5G:

„Die Brüsseler Bürger sind keine Versuchskaninchen, deren Gesundheit ich aus Profitgründen verkaufen kann!“ Mit dieser Begründung verbot kürzlich die belgische Umweltministerin Fremault den Aufbau des 5G-Mobilfunknetzes in Brüssel. Auch im schweizerischen Genf stoppten die Politiker den Ausbau. Bereits letztes Jahr forderten circa 200 Ärzte aus 40 Ländern einen Ausbaustopp für 5G wegen möglicher Gesundheitsschäden.

Ärzte aus der Stadt Naila (Oberfranken) haben schon vor 15 Jahren in einer Langzeitstudie die gesundheitsgefährdenden Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung nachgewiesen, zum Beispiel Kopfschmerzen, Herzrhythmusstörungen,

Schlafprobleme, ADHS bei Kindern und eine signifikante Zunahme von Krebserkrankungen (Vortrag an der FH Deggendorf). In England wurde von A. Philips et al. zwischen 1995 und 2015 eine Studie zu Hirntumoren durchgeführt: „Wir beobachteten einen durchgehenden und hoch signifikanten Anstieg der Glioblastomrate quer durch alle Altersgruppen über 21 Jahre hinweg. Die Häufigkeit ... dieser aggressivsten und rasch tödlich endenden Hirntumore ist in England dramatisch angestiegen ... Als wir uns die Lokalisation der Glioblastome ansahen, beobachteten wir den dramatischsten Anstieg im Frontal- und Temporalappen des Gehirns. Besonders dies lässt den Verdacht aufkommen, dass es die Mobilfunknutzung sein muss, die für den Anstieg der Glioblastome verantwortlich ist.“

Die teuerste amerikanische Forschungsstudie (NTP-Studie) wies 2018 einen klaren Zusammenhang zwischen Krebs und Mobilfunk nach. Ein Mainzer Physiker untersuchte in einer mehrjährigen Studie die Auswirkung von Mobilfunkstrahlung auf Bäume. Fazit: Die Strahlung schädigt Bäume signifikant (Vortrag in Rattiszell).

Neben solchen Studien ist es auch Fakt, dass die World Health Organization (WHO) hochfrequente elektromagnetische Strahlung bereits 2011 als möglicherweise krebserregend (Klasse 2B) eingestuft hat. Das bedeutet, dass elektromagnetische Wellen auf derselben Gefahrenstufe stehen wie etwa Benzindämpfe, Chloroform oder das Pflanzengift DDT. Dies alles zeigt deutlich: Die gesundheitlichen Risiken von Mobilfunkstrahlung bestehen nicht erst seit 5G – aber mit dem neuen Mobilfunkstandard werden sie noch massiv zunehmen. (...)

Hermann Gatzl
94342 Irlbach
und Willi Gschwind
94330 Aiterhofen

Der Kirche einen Bären dienst erwiesen

Zum Artikel „Marx weist Kritik aus Rom zurück“ vom 16. September:

Dass in unserer katholischen Kirche manches reformiert gehört, steht außer Zweifel, aber nicht auf diese miese Art. Da hat der Herr Kardinal Marx mit seinem Brief unserer krisengeschüttelten Kirche und den Gläubigen seines Landes einen großen Bären dienst erwiesen.

Und ausgerechnet ihn hat der Heilige Vater in sein Beratergremium miteinberufen. Armer Heiliger Vater! Wenn das am grünen Holz geschieht ... Otto und Rita Ketterl
94333 Geiselhöring

Das Geld kommt nur aus einem anderen Topf

Zum Artikel „Asylausgaben gesunken“ vom 17. September:

Aus dem Artikel erfahren wir, dass die staatlichen Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Jahr 2018 um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken sind. Die Überschrift und die Art und Weise, wie der Artikel verfasst wurde, erwecken beim Leser den Eindruck, dass der Staat nun weniger Geld für die Zuwanderer ausgeben muss. Das Gegenteil ist jedoch der Fall.

Die in dem Bericht beschriebenen Leistungen erhalten Personen, deren Asylverfahren noch nicht entschieden ist. Nach Abschluss des Asylverfahrens haben Zuwanderer, denen ein Bleiberecht in Deutschland zugesprochen wurde beziehungsweise die nicht abgeschoben werden können, Anspruch auf Sozialhilfe, sofern sie nicht in den Arbeitsprozess eingegliedert werden können. Das trifft auf die weitaus meisten zu. Das heißt, dieser Personenkreis wird weiterhin aus Steuermitteln alimentiert, das Geld kommt nur aus einem anderen Topf. In der Praxis bedeutet das: Raus aus



DIE ZEICHEN STEHEN AUF HERBST.

Foto: Karl-Josef Hildenbrand/dpa

der Statistik für Asylbewerberleistungen und rein in die Statistik für Sozialhilfeempfänger.

Erwähnenswert wäre auch noch gewesen, dass in den ersten 15 Monaten die Leistungen nach dem AsylbLG unter dem Sozialhilfesatz liegen. Zusammengefasst haben wir also folgende Situation: Das Asylverfahren wird abgeschlossen und das Gros der anerkannten Asylbewerber wechselt vom AsylbLG in die Sozialhilfe und bekommt zum Teil sogar noch mehr Geld als vorher.

Michael Hartlmüller
84155 Bodenkirchen

Ein Mobilitätskonzept ist nicht in Sicht

Zum Artikel „Die Bahn auf dem Abstellgleis“ und zum Leserbrief „Aktivitäten beim Nahverkehr bündeln“ von Dietrich Hinz vom 6. September:

Meine seit Jahren diversen Ratschläge bezüglich Bahnverbindungen und Zusammenschluss in einem gemeinsamen preiswerten Verkehrskonzept Cham, Straubing, Regensburg, Schwandorf wurde von den zuständigen CSU-Politikern mit dem Argument verworfen, dass der Straßenausbau mit der B20 wichtiger sei. So ist der ÖPNV absichtlich zugunsten des Kfz-Verkehrs heruntergefahren worden. Ein Kfz-Verkehr, der inzwischen alles andere an sinnvoller Mobilität verdrängt. Es muss ja die wichtigste Industrie für Arbeitsplätze weiter gepusht werden.

Mitfahrgelegenheiten, obwohl vorhanden, werden nicht angeboten, sondern mehr noch, man wird bei Nachfrage verlacht mit dem Argument, man solle sich ein Auto zulegen. (...) Veranstaltungen werden absichtlich in ländliche Gegenden ohne jeglichen ÖPNV gelegt, man kann ja ein teures Taxi rufen. Radwege werden stückweise und gefährlich angeboten. (...)

Meine Erfahrungen (...) bei unserem Nachbarn Italien geben mir die Erkenntnis, dass wir in Deutschland und dem Ferienland (...) Bayern die teuerste und ineffizienteste Mobilität unorganisiert und weit übersteuert anbieten. Die Preise für unseren chaotischen ÖPNV sind circa dreimal so hoch wie in Rom, Venedig oder am Gardasee! Eine Fahrt von Verona nach Peschiera, circa 30 Kilometer, kostet 5,60 Euro, die verschiedenen Verkehrsträger sind bestens gekoppelt und organisiert. So kann man von der Bahn auf den Bus, das Schiff oder das Fahrrad umsteigen und das alle paar Minuten und umgekehrt. (...)

Eine Einbindung Straubings in den Verkehrsverbund Regensburg wurde nun teilweise bewerkstelligt: Aber anstatt damit nun auch preiswerter zu werden, wurden einige Tarife gestrichen und die Fahrt für circa 20 Kilometer von Straubing nach Regensburg um über 30 Prozent verteuert! 13,20 Euro, vergleiche Verona-Peschiera! (...)

Ein Verkehrs- wie Mobilitätskonzept, das diesen Namen verdient, ist

nicht in Sicht, es wird darüber schwadroniert, ohne dass Nägel mit Köpfen gemacht werden würden: Ein koordinierter, gekoppelter, preiswerter ÖPNV mit Bahn, Bus, Minibus, Anrufsammeltaxi, Fahrrad, Boot (...) ist schnellstens zu realisieren – sodass man auch in ländliche Regionen ohne Pkw mit Freude und angenehm reisend gelangen kann. Prof. Dr. Reinhold Kiehl
94315 Straubing

Mutter Erde ist dadurch keinesfalls gerettet

Zur CO₂-Steuer:

Man kann es nicht mehr hören oder lesen! Die unendliche Geschichte zur CO₂-Steuer. Diese Steuer erinnert mich an den Ablasshandel der „heiligen katholischen Kirche“ im Mittelalter: Wir zahlen die CO₂-Steuer und das Klima (und alles, was damit zusammenhängt) ist gerettet! Feine Sache, um an mehr Steuergelder zu kommen, aber unsere Mutter Erde ist dadurch keineswegs gerettet!

Und noch eine Anmerkung: Wir hier in Deutschland überlegen uns eine Art „De-Industrialisierung“ (um das Klima zu „retten“) und im Nahen Osten werden Ölraffinerien bombardiert.

Fazit: Natürlich ist jeder Einzelne von uns aufgerufen, sich jederzeit möglichst umweltfreundlich zu verhalten, aber zu wirklichen Ergebnissen können wir nur durch eine weltweite Aktion kommen. Allein am „deutschen Wesen“ wird auch in diesem Fall nicht „die Welt genesen“. Petra Roidt
94315 Straubing

Zu viel Berliner Luft geatmet

Zum Artikel „Deutschland nimmt jeden Vierten“ vom 14. September:

Herr Seehofer will nun 25 Prozent der in Italien an Land geschleppten Migranten in Deutschland aufnehmen. Mit diesem Wissen im Gepäck werden unsere selbst ernannten Seenotretter noch eifriger vor die libysche Küste eilen, um dort Migranten von den Schleppern zu übernehmen. Auch unter den in Nordafrika wartenden Wirtschaftsflüchtlingen wird sich das schnell herumsprechen. Entsprechend wird die Zahl derer, die nach Europa, speziell in den Wohlfahrtsstaat Deutschland, ausreisen wollen, zunehmen.

25 Prozent bleiben 25 Prozent, ob Hunderte oder Zigtausende in Italien ankommen. Je mehr kommen, desto mehr nimmt Deutschland auf. Besser wäre da eine Obergrenze, wie sie ja von Herrn Seehofer mal gefordert wurde. Aber vermutlich hat Herr Seehofer schon zu viel linksgrün-geschwängerte Berliner Luft geatmet, als dass er noch an seinem früheren Postulat einer Obergrenze festhalten will. Den Spitznamen Drehhofer muss man sich ja auch ir-

gendwie verdienen. Selbst der FDP sind 25 Prozent viel zu viel.

Außerdem muss jeder Migrant zurückgewiesen werden, der keinen Asylgrund hat (sichere Herkunftsländer), oder wer seinen Pass oder Ausweis „verloren“ hat. Die Identität muss bei jedem überprüfbar sein und auch überprüft werden. Ein Staat, bei dem das nicht gewährleistet ist, verdient nicht die Bezeichnung Rechtsstaat.

In Afrika gibt es bestimmt genug sichere Häfen, in die man diese Menschen zurückbringen kann. Ertrinken muss niemand. Es kann nicht sein, dass Zigtausende von Menschen zu uns kommen, von denen man nicht weiß, wer sie sind, was für eine Vergangenheit sie haben und die dann auch noch bei uns untertauchen. Bis zu 520000 Illegale leben laut MDI (Mediendienst Integration) bereits in Deutschland, von denen niemand weiß, wer sie sind, wo sie sind oder was sie tun oder vorhaben.

Als bayerischer Ministerpräsident hatte Herr Seehofer eine energischere Haltung gegenüber Frau Merkel und der Berliner Asylpolitik an den Tag gelegt als heute als Bundesinnenminister. Die bayerische Luft ist halt einfach besser.

Jakob Huber
84030 Ergolding

Die Bürgerlichkeit längst verlassen

Zum Leserbrief „Wie kann die AfD dann ‚antibürgerlich‘ sein?“ von Hans Bogner vom 21. September:

Hans Bogner protestiert gegen die Einschätzung der AfD als antibürgerlich. Es sei doch gerade die AfD, die für bürgerliche Werte eintrete, für das Auto, das Bankkonto und für die von Migranten angeblich bedrohte „Bewegungsfreiheit und Sicherheit von Frauen und ihren Kindern ... in Freibädern, Parks, Bahnhöfen, auf Schulhöfen, auf Schulfesten“. Ich fürchte, Herr Bogner, dem Auto und Konto gerne gönnt sind, hat zu viele einschlägige Internetforen konsumiert und sich zu wenig vor Ort umgesehen. Denn in Niederwinkling (und anderswo) bedrohen Migranten keineswegs Frau und Kind, sondern liefern nicht zuletzt einen wertvollen Beitrag für die örtliche Wirtschaft.

Herr Bogner liegt auch falsch mit der Aussage, „die bürgerliche Gesellschaft“ sei „eine Geldgesellschaft“, die man vor Migranten schützen müsse, „die nicht in eine bürgerliche Umwelt passen“. Bürgerlichkeit ist etwas anderes als aggressives Spießertum à la AfD. Zum Bürgertum gehören traditionell eine gewisse Weltkenntnis, Weltoffenheit, Toleranz, bedächtiges Abwägen statt extremistischer Hetze und auch Sinn für Kultur und Bildung. Aus diesem Grunde bemühen sich bürgerliche Menschen um eine einigermaßen kultivierte Sprache. Man vergleiche einmal die Diktion konservativer Bürgerlicher wie Golo Mann, Hans Maier, Alois Glück, Theo Waigel mit jener hasstriefenden Gossensprache, die bei führenden AfD-Leuten gängig ist – vom Fußvolk ganz zu schweigen.

AFD-Landeschef Sichert schimpft auf „Ökofaschisten“ und bezeichnet unseren Ministerpräsidenten als „Hure“ sowie die Kanzlerin als „Domina“, der Seehofer „die Stiefel leckt“. Für Gauland ist die NS-Zeit mit über 60 Millionen Toten ein „Vogelschiss“. Alice Weidel macht Stimmung gegen Muslime, die sie als „Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse“ tituliert. Und seit wann ist es üblich, unser Staatsoberhaupt in der Zeitung als „diese Type“ (Bruno Zott ein paar Zeilen vor Bogner) zu apostrophieren?

Fazit: Die AfD hat die Bürgerlichkeit längst verlassen und in Bayern scheint sich das auch allmählich herumzusprechen. In den östlichen Bundesländern dauert's wohl noch etwas länger. Alfons Kitzinger
94327 Bogen

Leserbriefe sollen kurz und prägnant gehalten sein und sich auf sachliche Weise mit den Inhalten unserer Zeitung auseinandersetzen. Bitte geben Sie den Artikel samt Erscheinungsdatum oder den Themenbereich an, auf den sich Ihr Brief bezieht. Zur Bearbeitung benötigen wir ferner Ihren Namen, Ihre Adresse und Ihre Telefonnummer. Die Redaktion behält sich das Recht auf eine sinnwährende Kürzung vor. Die Aussagen des Verfassers spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion hat die inhaltlichen Aussagen nicht überprüft, diese liegen in der Verantwortung des Autors. Der Verfasser hat keinen Rechtsanspruch auf Veröffentlichung seiner Zuschrift.

Ihre Leserbriefe können Sie an *Straubinger Tagblatt*, Politische Leserbriefe, Ludwigsplatz 32, 94315 Straubing oder an *leserbriefe@idowa.de* schicken.